Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Heimsendung der Kriegsgefangenen. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Gestern abend ist der vierte Transport mit Gefangenen aus englischer Hand in Frankreich in Köln eingetroffen und durch das Durchgangslager Wetzlar weitergeleitet worden. Weitere Transporte mit Schwerkranken und Verwundeten aus Frankreich werden am 4. und 5. September über Köln-Oberlahnstein abgesandt werden.

Neue Putschgefahr am Rhein. Bei den rheinischen Arbeitern wächst die Erbitterung gegen das Treiben der Putschisten von Tag zu Tag und man trifft Vorbereitungen, um gegen Ueberrumpelungen wie in der Rheinpfalz gerüstet zu sein. In einer großen Volksversammlung machte der sozialdemokratische Abg. Collmann bemerkenswerte Mitteilungen. Es sei sicher, daß demnächst ein neuer großer Versuch der Putschisten bevorstehe. Geld spiele keine Rolle. Nach dem Vortrage gab ein Gewerkschaftsführer im Namen von 10 000 rheinischen Arbeitern die Erklärung ab, daß mit allen Kräften für den deutschen Einheitsstaat gearbeitet werden müsse. Wenn eine rheinische Republik auf ungesetzliche Weise zustande käme, würden die rheinischen Arbeiter sie kaput streiken.

Die autonomistische Bewegung im Elsaß wird drohend! Die offizielle elsässische Presse fordert energische Maßnahmen gegen die Autonomisten, da die Bewegung immer weiter um sich greift und Post-, Eisenbahn- und Polizeibeamte gemeinsame Sache mit den Autonomisten machen; Flugblätter überschwemmen das Land. An allen Ecken und Plakatsäulen werden täglich Plakate angebracht, die zur Erhebung auffordern. Truppenverstärkungen sind in Straßburg gemeldet.

Die deutschen Zeitungsverleger gegen die Inseratensteuer. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger, der in Frankfurt a. M. kürzlich eine außerordentliche Tagung abhielt, faßte eine Entschließung gegen die besondere Anzeigensteuer und legte Verwahrung dagegen ein, daß dem Zeitungsgewerbe im Rahmen des Umsatzsteuergesetzes eine Sondersteuer auferlegt wird, die das Zehnfache der normalen Abgabe bedeutet.

50 Millionen Zentner Kohlen. Auf einer Versammlung der unabhängigen und kommunistischen Arbeiterräte Berlins wurde zur Kohlenfrage ausgeführt, daß in der Gegend von Kattowitz auf 69 Zechen mindestens 50 Millionen Zentner Kohlen lagern, die nicht abbefördert würden. Die Abschätzung sei keine willkürliche, sondern stamme von maßgebenden Persönlichkeiten. Der Staatskommissar Hörsing habe bei einer Besprechung über die Zustände, nachdem ihm verschiedene Ausreden widerlegt worden wären, mitgeteilt, daß der Reichskohlenkommissar die Kohlen beschlagnahmt hätte. Auf die Frage, ob er, Hörsing, den Abtransport der Kohlen gestatte, wenn die Genehmigung des Kohlenkommissars eingeholt sei, habe Hörsing seine Zusage erteilt. Bei einer Besprechung mit dem Reichskohlenkommissar, der über Ausreden nicht hinausgegangen wäre, sei nichts erreicht worden. Richard Müller geißelte die bereits bekannte Tatsache, daß die Binnenschiffahrt so wenig mit dem Kohlentransport beschäftigt wird, weil die Eisenbahn durch Vorzugstarife den Transport billiger bewerkstelligen kann. Nach einem Antrage Müllers vertagte sich die Versammlung.

Ein „Freikorps der Arbeit". Wie der „Voss. Ztg." mitgeteilt wird, entsteht aus den zur Entlassung kommenden Mannschaften des Reichswehr-Batl. Berlin, früher Regiment Reichstag, zurzeit ein „Freikorps der Arbeit", das sich den Arbeitgebern zur unbedingten Arbeitsleistung auf die Dauer eines halben Jahres zur Verfügung stellt, um dem wirtschaftlichen Zusammenbruch durch Schaffung von Wirtschaftswerten, wie Kohle usw., entgegenzuarbeiten.

Verschleppte deutsche Einwohner. Die „Schles. Ztg." meldet aus Kattowitz: Gegen 300 verschleppte deutsche Einwohner trafen Mittwoch wieder in Kattowitz ein. Während ihrer 14tägigen Gefangenschaft haben sie eine schwere körperliche und seelische Leidenszeit durchgemacht. Ihre Befreiung ist dem energischen Eintreten der amerikanischen Kommission zuzuschreiben, die seit Freitag in Krakau weilte. Die Zurückgekehrten befinden sich in jämmerlicher Verfassung. Sie sind halb verhungert, ihrer Kleidung und Wertsachen größtenteils beraubt. Sie wurden schwer mißhandelt und stehen unter schwerer seelischer Depression. Die Gendarmen und Polizeiwachtmeister, 15 an der Zahl, steckten in völlig zerrissenen polnischen Uniformen. Dem Gemeindevorsteher Schidlo aus Eichenau waren die Zähne ausgeschlagen.

Drohender Eisenbahnerstreik in Württemberg. In Württemberg treten Gerüchte über einen drohenden Eisenbahnerstreik auf. Der Grund soll in der bevorstehenden Vereinigung der Verkehrsanstalten liegen.

Die Entsendung der Heeresüberwachungskommission. Auf den Einspruch der deutschen Regierung gegen die Entsendung der Heeresüberwachungskommission, die nach dem Friedensvertrag erst drei Monate nach der Ratifikation durch die alliierten Mächte erfolgen darf, kam von Paris die Antwort, daß die Kommission lediglich Vorbereitungen zu treffen habe. Deutscherseits steht man auf dem Standpunkte, daß die Kommission alsdann nicht den gemeldeten Umfang zu haben brauche.

Deutsch-Oesterreich.

Der Eisenbahnerstreik erfuhr keine weitere Ausdehnung. Den Blättern zufolge war die Wiederaufnahme des Betriebes frühestens heute früh zu erwarten. Der Streik in der Herrenschneiderbranche setzte gestern früh ein. 7000 Arbeitnehmer feiern.

Italien.

Ankunft des Schahs. Nach Meldungen aus Italien ist der Schah von Persien vorgestern an Bord des englischen Kreuzers „Ceres" in einem italienischen Hafen angekommen und nach Rom weitergereist.

Frankreich.

Die Debatte über den Friedensvertrag. In der fortgesetzten Debatte der französischen Kammer über die Ratifizierung des Friedensvertrages führte Andre Tardieu als Regierungskommissar u. a. aus: Man habe sich mit den alliierten und assoziierten Regierungen verständigen müssen und dafür Sorge zu tragen gehabt, daß der Frieden ein Gerechtigkeitsfrieden werde. Im Augenblick des Friedensschlusses hätte Frankreich allein gestanden, denn alle Verpflichtungen, die es eingegangen und die andere ihm gegenüber eingegangen seien, hätten nur für den Krieg Gültigkeit gehabt. Man habe keine genügenden militärischen Sicherheiten besessen. Infolgedessen habe die französische Regierung im Monat Februar die einzig mögliche Garantie, die geographische Garantie verlangt. Am 25. Februar sei der Friedenskonferenz ein Memorandum überreicht worden, daß sich in den allgemeinen Linien den militärischen Sicherheiten, die Marschall Foch verlangt habe, angeschlossen habe, nur mit einer Ausnahme: Der Marschall habe die Annektion von 7 Millionen Deutschen verlangt, die Regierung dagegen habe ihre vollständige Unabhängigkeit und die Neutralität des linken Rheinufers gefordert. Diese Bedingungen hätten Widerstand erfahren. Dann seien England und Amerika mit dem Vorschlage des Garantiefriedens hervorgetreten. Aber die französische Regierung habe erklärt, dieses Angebot genüge nicht. Frankreich brauche Garantien hinsichtlich der zukünftigen deutschen Armeen, die vollständige Neutralisierung des Rheingebietes und eine zeitlich begrenzte Besetzung des linken Rheinufers und der Brückenköpfe. Auf dieser Grundlage habe man bis zum 20. April verhandelt. Es sei höchstwahrscheinlich [illegible] daß der Friedensvertrag [illegible] Tardieu fortfuhr, man habe die Garantiefriedensverträge als Gewinn betrachtet. Dann brauche man zu einem Ergebnis, das nicht unbefriedigend sei. Die deutsche Einheit habe die französische Regierung nicht zertrümmern wollen aus Sentiment- und Klugheitsgründen. Wenn man einen Krieg führe für die Befreiung der Völker, dann sollte man keinen Frieden schließen, der die innere Freiheit eines besiegten Volkes antaste. Wenn man Deutschland hätte zerstückeln wollen, dann hätte man die Zustimmung einzelner Gliedstaaten teuer erkaufen müssen. Nur den Einfluß Preußens hätte man verringern müssen. Dies geschehe durch den Friedensvertrag. Tardieu verteidigte dann noch die rheinische Politik Frankreichs, die loyal und ohne Hintergedanken sei. Der Generalberichterstatter Barthou tadelte in scharfen Worten, daß das Ministerium den Frieden ohne Mitwirkung des französischen Parlaments abgeschlossen habe, und wandte sich gegen die Behauptung Albert Thomas, daß das deutsche Volk keine Verantwortung für den Krieg trage. Es kam deshalb zu Zusammenstößen mit sozialistischen Abgeordneten sowie zu heftigen Diskussionen zwischen diesen. Barthou fragte, ob die deutsche Gesinnung sich geändert habe. Das Reich beherrsche alles und zerschlage alles. Man befinde sich einem geeinten starken Deutschland gegenüber. Deshalb müsse der Friedensvertrag mit Gerechtigkeit und Strenge durchgeführt werden. Barthou tadelte schließlich Clemenceau, weil er inbezug auf die deutschen Kriegsgefangenen nachgegeben habe. Er stellte die Frage an Clemenceau, ob die Alliierten eingewilligt hätten, den Artikel, der die Reduktion der deutschen Armee innerhalb drei Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages verlangt, zu ändern. Zweifellos bilde die deutsche Armee für Frankreich keine Gefahr mehr, aber letzteres müsse an Polen denken und an die Volksabstimmung in den besetzten Gebieten, wo sich gegenwärtig ungeheuerliche Dinge abspielten. Barthou führte noch aus, daß es notwendig sei, eine Streitmacht ins Leben zu rufen, die imstande sei, die ganze Menschheit zu verteidigen. Eine Mehrheit sei entstanden und dränge Frankreich und der ganzen Welt eine neue Politik auf. (Beifall auf allen Bänken.) Die Frage der Verminderung der Rüstungen müßte jedenfalls gelöst werden. Redner wünscht, daß die von Frankreich aufgestellten Thesen in der Frage der Rüstungen und ihrer Kontrolle den Vorzug erhalten. Ueber Parteien und Programme müsse man jenes schöne, edle Ideal Frankreichs stellen, daß dieser Krieg der letzte war und der Sieg Frankreichs ein Sieg der Wiedergutmachung sei. (Tosender Beifall.) Als Barthou von der Tribüne heruntersteigt, ging Clemenceau auf ihn zu und drückte ihm die Hand. In der weiteren Debatte beklagte sich Bouillon über ungenügende finanzielle Garantien und hofft im übrigen, daß Amerika Frankreich nicht angesichts des Sieges untergehen lasse.

England.

Freigabe der Wollausfuhr. Am Montag traten die Bestimmungen außer Kraft, durch die die Einfuhr nach Großbritannien bisher eingeschränkt wurde mit Ausnahme der Waren, die auf der Liste der sogenannten Kevindustries, d. h. der für die Weiterverarbeitung wichtigen Industrien stehen. Hierzu erfährt das Bureau Europa Preß, daß bereits umfangreiche Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland getroffen worden sind. Es befinden sich bereits Vertreter deutscher Firmen in London, und umgekehrt haben englische Firmen Einkäufer nach Deutschland gesandt, um sich Waren für das Weihnachtsgeschäft zu sichern. Die zu erwartende deutsche Einfuhr hat eine gewisse Abwehrtätigkeit verschiedener Industriezweige, besonders der Spielwarenindustrie hervorgerufen. Der Präsident des Handelsamtes hat sich bereit erklärt, wenn nötig, Maßnahmen provisorischer Art gegen die billige deutsche Einfuhr zu ergreifen, bis das Gesetz gegen fremde Preisunterschiede in Wirksamkeit tritt. Aus London wird ferner gemeldet: Eine offizielle Note gibt bekannt, daß die Ausfuhr von Wolle von England nach Deutschland gestattet werden kann.

Einschränkung des Luftflottenprogramms. Den englischen Blättern vom 2. d. M. zufolge, hat die Regierung die Einschränkung des Luftflottenprogramms beschlossen. Die Arbeiten an einigen großen Luftschiffen wurden eingestellt. Mehrere Luftschiffe und Luftschiffhäfen wurden Organisationen zur Verfügung gestellt, die sich die Förderung der Handelsschiffahrt zum Ziele setzten.

Die Nationalisierung der Bergwerke. Das „Allg. Handelsbl." meldet aus London, daß der Bergarbeiterverband in seiner vorgestern abgehaltenen Sitzung einstimmig beschlossen hat, den Antrag der Leitung anzunehmen, der dahin geht, die Vorschläge der Regierung bezüglich der Bergwerke zu verwerfen und die Frage der Nationalisierung dem in der nächsten Woche in Glasgow stattfindenden Gewerkschaftskongreß zur Entscheidung vorzulegen. Die Bergarbeiterdelegierten haben beschlossen, bei der nächsten Zusammenkunft des Arbeiterdreibundes für den in der letzten Konferenz angenommenen Plan zu stimmen, wonach unter den Mitgliedern eine Abstimmung über die direkte Aktion im Zusammenhang mit der Dienstpflicht und dem Auftreten in Rußland abgehalten werden soll.

Rußland.

Friedensvorschlag an Estland. Die Sowjetregierung hat sich an die estnische Regierung mit Friedensvorschlägen auf der Grundlage der Anerkennung der Unabhängigkeit des estnischen Staates gewandt. — Hierüber wird aus Königsberg gemeldet: Die estnische Regierung in Mitau hat nach einem Telegramm der Tilsiter Zeitung folgenden Funkspruch aus Zarskoje Selo erhalten: Die Sowjetregierung macht der estnischen Regierung im Augenblick des siegreichen Vordringens der Roten Armee nach Einnahme von Jamburg und Pleskau Friedensvorschläge, da angenommen wird, daß die estnische Regierung unter dem Drucke der Entente im Gegensatz zum Volkswillen kämpft. Als Basis wird die Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands zugesagt. Besprechungen über eine neutrale Zone und über die Grenzfestsetzung ist baldigst erwünscht.

Günstige militärische Lage der Sowjetregierung. Wie die „Politiken" aus bester Quelle erfährt, bessert sich die militärische Lage der Sowjetregierung zusehends. Denikins Vormarsch ist aufgehalten und Kiew wieder genommen. Im Osten steht die Rote Armee vor Tobolsk, das bereits eingenommen ist und Koltschak trifft Vorbereitungen zur Räumung Omsk. Noch weiter östlich stehen die Roten Truppen vor Wladiwostok.

Amerika.

Wilson, Kapital und Arbeit. „Nationaltidende" meldet aus London: Wilson hat in einer völlig unerwarteten Botschaft an die Nation mitgeteilt, daß er so schnell wie möglich eine Konferenz von Vertretern zusammenberufen werde, damit sie gemeinschaftlich durchgreifende Maßnahmen erörtern können, die eine entscheidende Besserung des ganzen von Grund auf neu aufzubauenden Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit schaffen.

Beschränkung der Nahrungsmittelausfuhr. Auf die Washingtoner Regierung wird ein Druck ausgeübt, der den Zweck hat, die Versendung von Nahrungsmitteln nach England zu beschränken, damit die Lebensmittelverhältnisse in den Vereinigten Staaten wieder in normale Bahnen gelangen.

Aegypten.

Kundgebungen für die Unabhängigkeit. Nach einem Londoner Telegramm des „Temps" meldet „Daily Mail" aus Kairo, daß der Führer der nationalistisch-ägyptischen Delegation in Paris Saguil Pascha nach Kairo telegraphiert hat, der amerikanische Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten habe Aegypten für unabhängig erklärt. Diese Nachricht hat eine große Bewegung hervorgerufen. Am Sonntag hätten in Kairo und Alexandrien mehrere Kundgebungen stattgefunden. Auch der Generalstreik des „Daily Herald" meldet, daß die ägyptische Presse im Land Stimmung gemacht und die Lage aufs neue beunruhigend sei. Englische Soldaten hätten Befehl erhalten, nur bewaffnet auszugehen.

Wiesbaden als Schieberzentrale.

Aus Wiesbaden wird uns geschrieben:

Jeder 5. Wiesbadener ist jetzt ein Schieber. Schieben und Schmuggeln ist jetzt nichts Anrüchiges mehr, sondern hat dort den Charakter eines regelrechten Gewerbes angenommen, das Tausende ernährt und Hunderttausende einbringt. Die Nähe der Grenze des besetzten Gebietes, Frankfurt a. M. ist der Gegenpol zu Wiesbaden, hat mit Selbstverständlichkeit zur Ausnutzung der jetzt noch guten Konjunktur geführt. Französische Kunden, Offiziere und Soldaten bringen die Waren in Waggons oder Autos nach Wiesbaden. In jedem beliebigen Quantum kann man Schokolade, Kakao, Kaffee, Reis, Speck, Zigaretten, Seife und die feinsten Delikatessen kaufen. Diese Waren werden dann mit dem sogenannten „Schieberzug" nach Frankfurt a. M. gebracht. In den Wagen aller Klassen türmen sich die Kisten und Koffer, die oft mit horrendem Verdienst weiterverschoben werden. Wochenverdienste von 50 000 Mark sind keine Ausnahmen. Besonders kennzeichnend und amüsant ist folgender Fall, den das „Wiesbadener Tageblatt" erzählt: „Ein biederer Bäckermeister gelangte zu den „Quellen", wo man feinstes Weizenmehl sackweise haben konnte. Er verlegte sich deshalb auf das Geschäft des Brötchenbackens. Das Weißgebäck verkaufte er einem Schieber zu 35 Pfg. das Stück. Dieser brachte die Ware nach Frankfurt a. M. und nahm im Einzelverkauf 65 Pfg. für das Stück, also nur 30 Pfg. Aufschlag auf ein winziges Weißbrötchen. Da der Umsatz täglich weit über die tausende ging, so hat der gute Mann täglich einen Umsatz von 400 bis 600 Mark.

In Frankfurt wimmeln alle Kaffees, Restaurants, ja selbst die Straßen besonders am Bahnhof von Schiebern, die teilweise auf offener Straße ihre Waren an den Mann bringen. Dieser Frankfurter Schieber verkauft sie dann ans Reich. Der dortige Abnehmer schickt seine Reisenden zu den Detailgeschäften oder in die Börsen der Straßenhändler und von dort aus gelangen sie nach endlosen Kettenhandel in die Hände der schwer blutenden Verbraucher.

Interessant ist auch das Leben direkt an der Grenze der französischen Besatzungszone, die sich unmittelbar an der Frankfurter Gemarkung befindet. Von Mainz und Wiesbaden aus bringen französische Offiziere und Soldaten die Waren dorthin, um sie an die Schieber weiter zu verkaufen, die keine Einreiseerlaubnis für das besetzte Gebiet haben. Es kommt auch vor, daß die Offiziere besonderen Großabnehmern mit dem Auto direkt die Waren ins Haus bringen.

Dieser Schieberverkehr hat dem einst so vornehmruhigen Bilde von Frankfurt a. M. und Wiesbaden ein ganz neues und eigenartiges Gepräge gegeben.

Vermischtes.

Der Sedantag in Berlin. Das Flaggen am Sedantage war ebenso wie es in früheren Jahren „von oben herab" geboten war, heuer „von oben herab" verboten worden. Es ist ja auch wirklich nicht mehr die Zeit dazu, um über einen Sieg zu jubeln, dessen Früchte uns nachgerade wieder alle entrissen worden sind. Trotzdem soll die Gesinnung der Leute geehrt werden, die am 2. September die Erinnerung an die große Zeit in schlichter Weise zum Ausdruck kommen ließen. So war z. B. am Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. an der Schloßfreiheit am Sedantage ein großer Kranz von Eichenlaub mit schwarz-weiß-roten Schleifen niedergelegt worden. Ein Namenloser war der Spender. Auch das Kriegerdenkmal in der Tempelhofer Dorfaue war mit einem großen Lorbeerkranz geschmückt worden, den ein gewandter Turner um den zum Himmel erhobenen Arm der Germania gelegt hatte. Dieser Kranz trug eine weiße Schleife mit der Inschrift: Tempelhofer Gymnasiasten den Helden von Sedan. Jedenfalls war dieses Vorgehen sympathischer, als das der Potsdamer Realgymnasiasten, die regelrecht streikten. Als um 8 Uhr Morgens die Glocke zum Unterricht rief, waren zwar sämtliche Schüler erschienen, aber anstatt sich in die Schulzimmer zu begeben, traten die Klassen geschlossen auf dem Schulhof an unter Führung eines älteren Gymnasiasten, der einen Eichenkranz trug. Ein anderer schwang eine schwarz-weiß-rote Fahne. Die Schüler ordneten sich zum Zuge und unter dem Gesang der „Wacht am Rhein" ging es zum Kaiser Wilhelm-Denkmal. Weder Direktor noch Lehrerschaft sollen mit dem Streik in Verbindung gestanden haben und nahmen daher auch nicht an dem Umzug teil. Ein schuldisziplinarisches Nachspiel wird die Folge dieses Sedanstreiks sein, zu dessen Teilnahme die Realgymnasiasten auch noch die Schüler anderer Anstalten zu verleiten suchten.

Infolge Gassperre

können Anzeigen aller Art nur dann in der gewünschten Ausgabe erscheinen, wenn sie bereits tags zuvor bei uns abgegeben werden. Wichtige Familienanzeigen nehmen versuchsweise bis 8 Uhr morgens an. Geschäftszeit früh 7 bis 12 Uhr und 1—6 Uhr.

Geschäftsstelle des Riesaer Tageblattes
— Goethestraße 59. —

Kirchennachrichten.

12. Trinitatissonntag.

Riesa. **Klosterkirche:** 8 Uhr Predigt (Friedrich). 2 Uhr Jugendgottesdienst (Friedrich). **Trinitatiskirche:** 9 Uhr Predigt (Apostelg. 12, 1—11, Friedrich). 11 Uhr Schwerhörigengottesdienst (Friedrich). 1/2 5 Uhr Predigt im Krankenhause (Friedrich). Wochenamt I Lutharbt, II Beck.

Gröba. Vorm. 8 Uhr st. Abendmahlsfeier, 9 Uhr Predigt, 2 Uhr Jugendgottesdienst, P. Burkhardt. Wochenamt P. Burkhardt.

Pausitz. 8 Uhr Predigtgottesdienst (Pfarrkirche). 1/2 10 Uhr Unterredung mit der konfirm. Jugend.

Weida. 8 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 10 Uhr Kindergottesdienst.

Röderau. 1/2 9 Abendmahlsfeier, 9 Predigtgottesdienst, 1/2 11 Kindergottesdienst.

Zeithain. Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Darauf Unterredung mit den 1917, 1918, 1919 Konfirmierten.

Glaubitz. Erntedankfest. 8 Uhr Predigtgottesdienst. 1 Uhr Kindergottesdienst für das 5.—8. Schuljahr. — Donnerstag, den 11. 9., vorm. 9 Uhr Wochenabendmahl.

Kath. Kapelle (Kasernenstr. 18). Um 1/2 8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt und Segen. Um 3 Uhr Predigt und Andacht für Mütter. 8 Uhr Versammlung des Männervereins. Werktags hl. Messe um 1/2 7 Uhr.